DAS NEUE EUROPA

QUO VADIS EUROPÄISCHE UNION?

Elisabeth LICHTENBERGER, Wien*

mit 2 Tab. im Text

INHALT

<i>Abstract</i>	13
<i>Zusammenfassung</i>	14
1 Was war Europa? – Die geographische und historische Identität	14
2 Was sind die Besonderheiten des Projektes Europa?	19
3 Die Europäische Union im 21. Jahrhundert	24
4 Literaturverzeichnis	40

Abstract

Quo vadis European Union?

“Quo vadis European Union?” is an urgent subject. On October 6th, 2004 the EU-Commissioner VERHEUGEN informed the media that legal problems with Turkey had been dispelled and that nothing stood in the way of negotiations concerning Turkey’s joining of the EU.

At the beginning of the 21st century the EU faces a crucial decision. The actual questions are: Will the EU grow beyond the cultural realm of Europe during the 21st century? Will Asian and African countries join the confederation that has remained “European” so far? What are the geostrategic goals of the EU in the 21st century?

In order to answer these questions this paper is divided into three parts. At first the historical and geographical identity of the European realm is being discussed, the second part deals with the special features of the “Project Europe”, namely the Confederation of the EU that was formed in the second half of the 20th century, and the last part refers to the position of the EU in the “American Age” and the actual topic of a potential separation of the EU from the cultural realm of Europe.

* em.o.Univ.-Prof. Dr. DDr.h.c. Elisabeth LICHTENBERGER, A-1040 Wien, Schikanedergasse13/12; e-mail: elisabeth.lichtenberger@chello.at

Zusammenfassung

Das Thema „Quo vadis Europäische Union?“ besitzt Aktualität. Am 6. Oktober 2004 hat EU-Kommissar VERHEUGEN den Medien mitgeteilt, dass die juristischen Probleme mit der Türkei ausgeräumt seien und einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU nichts im Wege stehe.

Die Europäische Union ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts an einem Scheideweg angelangt. Die aktuelle Thematik lautet: Wächst die Europäische Union im 21. Jahrhundert über den Kulturerdteil Europa hinaus? Kommt es zur Eingliederung von Staaten in Asien und Afrika in den bisher „europäisch“ gebliebenen Staatenbund? Wo liegen die geostrategischen Ziele der EU im 21. Jahrhundert? Um eine Antwort auf diese schwierigen Fragen zu finden, wurde eine Dreiteilung des vorliegenden Beitrages vorgenommen.

Im ersten Teil geht es um die Frage nach der historischen und geographischen Identität des Kulturerdteils Europa. Im zweiten Teil wird die Frage nach den Besonderheiten des Projektes Europa, d.h. des in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstandenen Staatenbundes der Europäischen Union gestellt. Im dritten Teil geht es um die Stellung der Europäischen Union im amerikanischen Zeitalter und die aktuelle Thematik der potenziellen Separierung der Europäischen Union vom Kulturerdteil Europa.

1 Was war Europa? – Die geographische und historische Identität

1.1 Europabegriffe und Grenzen

Der geographische Begriff Europa ist hinsichtlich seiner Ausdehnung, Grenzen und Gliederung in den großen Epochen der europäischen Geschichte unterschiedlich verwendet worden. Stets waren politische Konventionen erforderlich, um das geographische Defizit einer allseitigen Meerumgrenzung auszugleichen. Die Frage „Wo endet Europa geographisch?“ kann vom Naturraum aus nicht schlüssig beantwortet werden. Europa ist geographisch nicht definierbar (1). Historisch-kulturelle, historisch-politische und institutionelle Perspektiven sind erforderlich (2).

Drei Begriffe stehen zur Disposition: Der von der deutschen Geschichtsforschung aus dem Gegensatzpaar von Orient und Okzident geprägte Begriff des Abendlandes, der geographische Begriff Europa und die Europäische Union.

Der Begriff des Abendlandes ist ein kulturhistorischer Begriff, dessen räumliche Ausdehnung von einem christlichen Europa mit der Papstkirche im Zentrum hergeleitet und bis zur Gegenwart herauf verwendet wird, um den von Byzanz christianisierten Raum von Moskau, das „dritte Rom“, und damit die Einflussosphäre der Orthodoxie auszuschließen. Dieser Abendlandbegriff des Mittelalters wies freilich nach Osten hin eine nur sehr unscharfe Grenze auf. Im Baltikum gehörte das Areal des Deutschen Ritterordens dazu, nach Süden hin das polnische Königreich, für dessen östliche Ausdehnung die Pripjetsümpfe einen Grenzgürtel gegenüber der jahrhundertlang unter

mongolischer Herrschaft stehenden russischen Weite gebildet haben. Von hier verlief die Grenze über den Karpatenhauptkamm und das Dinarische Gebirge hinweg bis zur Adria. Es verdient Hervorhebung, dass mit der EU-Erweiterung 2004 gleichsam eine Rückkehr zum mittelalterlichen Abendlandbegriff erfolgt ist, der in Zusammenhang mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder politische Aktualität gewinnt!

Insgesamt trat im Mittelalter der aus der Antike überlieferte geographische Begriff „Europa“ gegenüber dem Begriff des Abendlandes zurück. Interessanterweise wurde er dann verwendet, wenn dieses Abendland von nichtchristlichen Mächten bedroht wurde: Das erste Mal, als Karl MARTELL 732 die Mauren besiegte und ein Chronist aus Cordoba für die Koalitionsarmee den Begriff „Europaeenses“ benützte, das zweite Mal, als OTTO DER GROSSE 955 nach der siegreichen Schlacht über die Magyaren auf dem Lechfeld als Befreier von Europa bezeichnet worden ist.

Die Eroberung Konstantinopels durch das Osmanische Reich 1453 ließ schließlich ein neuzeitliches Europabewusstsein aus der Konfrontierung des christlichen Abendlandes mit dem Osmanischen Reich entstehen. Auf dem Reichstag zu Frankfurt 1455 sprach Aeneas Silvius PICCOLOMINI von Europa als der Gesamtheit der abendländischen Reiche. Drei Jahre später wurde seine Schrift „De Europa“ veröffentlicht. Europa wurde damit ein Oberbegriff für die sich ihrer Nationalität bewusst werdenden politischen Territorien.

Das aufgeklärte Europa im 18. Jahrhundert hat schließlich den geographischen Europabegriff bis zum Ural hin ausgedehnt und damit das europäische Russland eingeschlossen, welches bis herauf zum Zweiten Weltkrieg in den statistischen Handbüchern hinsichtlich Flächenausmaß, Einwohnerzahl usf. zu Europa gezählt worden ist. Dieser geographische Europabegriff hat nahezu zwei Jahrhunderte die politische Kartographie von Europa bestimmt. Er wurde durch die Veränderungen der politischen Landkarte von Europa nach dem Zweiten Weltkrieg obsolet.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war durch die Reaktivierung historischer Grenzen gekennzeichnet. Die Teilung Europas zwischen den Supermächten USA und UdSSR in zwei Hälften folgte der Ostgrenze des Reiches von KARL DEM GROSSEN, der so genannten Elbe-Saale-Linie, im deutschen Sprachraum, von welcher die südliche Fortsetzung in der Enns-Linie auf österreichischem Territorium bereits durch den Staatsvertrag Österreichs im Jahre 1955 annulliert werden konnte, während in Deutschland der Eisernen Vorhang zwischen Ost und West erst 1989 hochgezogen worden ist.

Nach dem Zerfall des jugoslawischen Staates in den 1990er-Jahren wurde eine weitere historische Grenze aktiviert, nämlich die so genannte Militärgrenze der k. u. k. Monarchie gegen das Osmanische Reich, der heute die Ostgrenze von Kroatien gegen Bosnien-Herzegowina folgt, welche mit der Aufnahme von Kroatien im Jahr 2007 in die Europäische Union – wahrscheinlich auf einige Zeit – zu deren Außengrenze in Südosteuropa werden wird.

Damit ist die Europäische Union angesprochen. Sie definiert nicht IHR Europa. Mit voller Absicht: Sie weicht vielmehr der Frage nach dem, was Europa ist und wo es endet, aus. Für die Aufnahme von Staaten in die EU beschloss der Europäische Rat im Jahre 1993 die Kopenhagener Aufnahmekriterien. Sie umfassen drei Dimensionen staatlicher Strukturen als notwendige Voraussetzungen für eine zukünftige

Mitgliedschaft und definieren die EU nicht aus territorialer Sicht, sondern mittels politisch-ökonomischer Kriterien.

Die erste Dimension beinhaltet Merkmale zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu Menschenrechten und zum Schutz der Minderheiten. Wenn über die Erfüllung der Kriterien Konsens besteht, dann können Verhandlungen aufgenommen werden, in deren Verlauf über die zweite und die dritte Dimension verhandelt wird. Die zweite Dimension betrifft die Struktur der marktwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaft, bei der dritten Dimension handelt es sich um die Übernahme des gesamten Rechtsbestandes der Union, des so genannten „acquis communautaire“, in die nationale Gesetzgebung. Zurzeit sind dies etwa 80.000 Seiten an Verordnungen und Richtlinien.

Die logische Konsequenz aus dieser Aussage ist, dass die territorialen Zielsetzungen der Europäischen Union offen sind und über den Kulturerdteil Europa hinausgreifen können.

Mehr als über Grenzen können wir über kulturelle Merkmale, über europäische Identitäten, sagen. Wir verlassen damit einen kartographisch abgrenzbaren Europabegriff und wenden uns einer Analyse von Merkmalen zu, die das „Wesen“ Europas ausmachen oder beeinflusst haben.

1.2 Der expansive Kontinent

Die Frage ist bisher strittig geblieben, wieso gerade dieser politisch so stark zersplitterte Kulturerdteil Europa, dessen enorme territoriale und ethnische Fragmentierung heute unter dem Dachbegriff „Europa der Regionen“ versteckt wird, zuerst als Entdecker des Globus aufgetreten ist und dann in einer weltumspannenden Expansion von Menschen und Kapital weite Teile der Erde beherrschen und überdies mit immer neuer innovativer Kraft geistige und materielle Güter erzeugen und exportieren konnte.

Dieser als „Europäisierung der Erde“ bezeichnete Vorgang in der Neuzeit, welcher als „die erste Globalisierung“ (3) bezeichnet werden kann, ist als ein umfassendes Syndrom von „Exporten“ aufzufassen, beginnend mit dem wissenschaftlichen Interesse an der Vermessung und Erschließung des Globus und mit dem synchron vor sich gehenden Ausgreifen europäischer Handelsinteressen sowie den Missionierungsoffensiven der Kirche. Politische und ökonomische Faktoren brachten schließlich die massenhafte Auswanderung europäischer Bevölkerung in Gang und damit die Ausbreitung von europäischen Sprachen, Institutionen, Technologien und Produktionsweisen, gesellschaftlichen Normen und Wertesystemen in großen Teilen der Erde (4).

Europa ist in der Neuzeit der Kontinent gewesen, dem es gelungen ist, globale Innovationen zu setzen. Von Europa aus haben sich die christlichen Religionen ebenso wie die Aufklärung und der Kapitalismus sowie die sozialistische Doktrin ausgebreitet. Die Idee des Nationalstaates hat von Europa aus den Globus erobert. Ethnische Konflikte und Säuberungen größten Umfangs waren die Folge.

Europa hat ein halbes Jahrtausend Weltgeschichte geschrieben. Vor dem Hintergrund der Europäisierung der Erde ist auch die eurozentrische Weltansicht entstanden, d.h. die europäische Sichtweise globaler Phänomene, die wir noch immer nicht ganz abstreifen konnten.

Gerade diese enorme, von Europa ausgehende Dynamik in der Neuzeit, welche die heutige westliche Welt weitgehend geschaffen hat, macht es zu Beginn des 21. Jahrhunderts schwierig, die politische und kulturelle Identität von Europa gegenüber den Identitäten der europäischen „Neuländer“ abzugrenzen und die „europäische Identität“ als solche zu spezifizieren. Von WEIZÄCKER stammt der Ausspruch, dass sich Europa von San Francisco bis Wladiwostok erstreckt, weil sowohl die USA als auch die ehemalige Sowjetunion europäische „Auswüchse“ darstellen (5).

1.3 Der Kontinent der Polarisierungen und Innovationen

Während Europa über Jahrhunderte Ideen, Menschen und Kapital exportiert hat, blieb es im Inneren durch Polarisierung und Fragmentierung gekennzeichnet. Durch die Geschichte bis zur Gegenwart herauf besteht eine paradox anmutende Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen Phänomenen, eine Tendenz zu ausgeprägter Polarisierung im kulturellen und politischen Bereich.

Wenn man vom christlichen Europa spricht, so muss man darauf verweisen, dass Europa nicht nur mit dem Kirchenstaat das Zentrum einer Weltkirche besitzt, sondern mit Albanien auch den ersten Staat auf der Welt, der sich unter dem totalitären Regime von Enver HODSCHA explizit als atheistisch erklärt und in der Zeit nach 1945 nahezu alle Moscheen und Kirchen abgerissen hat (6).

Man muss ebenso darauf verweisen, dass der Halbmond des Islam seit dem Mittelalter das christliche Europa im Süden eingefasst hat, zuerst die Iberische und dann die Balkanhalbinsel unter seine Kontrolle brachte, aus beiden Räumen wieder hinausgedrängt wurde und andererseits in der Gegenwart Wanderungsprozesse von islamischen Bevölkerungen in die europäischen Metropolen stattfinden, womit sehr spezifische europäische Probleme entstehen.

Europa hat nicht nur die politische Freiheit „erfunden“, sondern ebenso die totalitären Systeme. Im 17. Jahrhundert waren rigider Absolutismus und Demokratie benachbart: Frankreich und die Schweizer Eidgenossenschaft bieten hierfür ein wenig beachtetes Beispiel.

Europa hat ferner den produktiven Kapitalismus schon im Städtewesen des 14. Jahrhunderts kreiert und im industriellen Zeitalter zu einem globalen Exportartikel hochstilisiert, während andererseits in der Zeit der schlimmsten Auswüchse desselben, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Karl MARX und Friedrich ENGELS mit dem Kommunistischen Manifest bereits das nächste politische Produkt Europas auf seine Weltreise geschickt haben.

Nicht genug damit – vor dem geistigen Hintergrund der deutschen Universitäten entstanden im frühen 19. Jahrhundert der Nationalismus und daraus der Nationalstaat als wohl wichtigstes und gleichzeitig global brisantestes europäisches Produkt. Auch in diesem Kontext ist es Europa gelungen, etwas Neues, nämlich den sozialen Wohlfahrtsstaat, zu schaffen.

Schließlich hat die Erkenntnis vom „Müllplaneten Erde“ in Europa die „grüne Bewegung“ begründet, aus der in weiterer Folge, beruhend auf den globalen Modellen des Club of Rome, die Ideen der „nachhaltigen Entwicklung“ und des erforderlichen

ökologischen, d.h. „sanften“ Umgangs mit natürlichen Ressourcen, erwachsen sind. Beide Bewegungen haben zu einer neuen globalen Weltsicht geführt, ihr Innovations-effekt in der westlichen Welt außerhalb von Europa ist bisher freilich bescheiden geblieben.

Auf zwei Gegensatzpaare wird im Folgenden eingegangen: Das christliche und das aufgeklärte Europa, das kapitalistische und das sozialistische Europa.

1.4 Das christliche und das aufgeklärte Europa

Das christliche Europa erlangte im hohen Mittelalter seine Ausstilisierung: Mit der Papstkirche als organisatorischer Einheit, neben der gleichzeitig eine Vielzahl von Staaten existierte. Damals entstand der Dualismus von Kirche und Staat, der zu einer sozialgeschichtlichen Tatsache ersten Ranges geworden ist (7). Die Gemeinsamkeit des Kontinents Europa besteht in dem Grundverständnis der christlichen Kirchen und deren ethischen und rechtlichen Prinzipien. Die Aussage „Europa ist christlich“ und damit abgrenzbar hat in der Frage der potenziellen Aufnahme der Türkei als Mitglied in die EU einen ideologischen Stellenwert erhalten.

Die zweite dem Christentum gleichwertige europäische Idee entstand im 18. Jahrhundert. Der Kreuzzug der Aufklärung begann in Frankreich und verbreitete sich über die Höfe und Salons der Aristokratie bis nach Russland. Ein wichtiges Ereignis im kulturellen Gedächtnis Europas bildete das Erdbeben von Lissabon am 1.11.1755 mit 30.000 Toten, welches durch die Zeitungen und Voltaires „Poeme sur le désastre de Lisbonne“ verbreitet wurde (8). Die aufgeklärte Gesellschaft musste lernen, sich in einer Welt einzurichten, in der die Ideologie von Sünde, Schuld und göttlicher Bestrafung durch die Vorstellung von Katastrophe und Risiko zu ersetzen war.

Die Säkularisierung der europäischen Gesellschaft begann von oben und veränderte den gesamten Charakter der europäischen Kultur. Als bedeutendes politisches Produkt entstand der aufgeklärte Absolutismus, der eine humanitäre Geisteshaltung in die Staatsraison eingebracht hat. Mit durchgreifenden Reformen wurden alle wichtigen öffentlichen Einrichtungen geschaffen – Volksschulen, Spitäler, Waisenhäuser, Arbeitshäuser – und die hierarchische Organisation der Papstkirche nachgebildet. Durch die Schaffung des Beamtenstandes mit seiner spezifischen Standesehre und einem aufgeklärten Bewusstsein ist damals eine der großen europäischen Errungenschaften entstanden.

England bezieht eine Sonderstellung. Hier hatte sich schon unter Cromwell die neue Mittelschicht mittels des Parlaments von der Autorität der Krone und der Kirche gelöst. Sekten und Parteien mit eigenen Glaubenslehren formierten sich. Diese Unterschiede zum Kontinent sind deswegen von Bedeutung, da die religiösen Traditionen von England nach den USA übertragen wurden und hier die Ideologie der Zivilreligion begründet haben, welche sich vom aufgeklärten europäischen Konzept der Trennung von Kirche und Staat grundlegend unterscheidet.

1.5 Das kapitalistische und das sozialistische Europa

Europa ist nicht nur christlich und zugleich aufgeklärt, sondern auch dort, wo der produktive Kapitalismus seinen Ausgang nahm. Gewinne werden dabei nicht wie in orientalischen Hochkulturen als Renten eingestreift und für die Ausgestaltung der religiösen und politischen Repräsentation sowie der persönlichen Lebenssphäre verwendet – wie es im Orient noch heute üblich ist –, sondern in den Fernhandel bzw. in die Produktion investiert und landen letztlich im Bankenwesen, um weitere Investitionen anzukurbeln und zusätzliche Gewinne zu erzielen. Dieser produktive Kapitalismus entstand in den ersten Ansätzen in Italien, wo sich die Kurie aufgrund der Vielzahl und des Umfangs kirchlicher Einnahmen zur führenden Finanzmacht des mittelalterlichen Europa entwickelte und in Zusammenhang mit der päpstlichen Finanzverwaltung die ersten großen Bankhäuser in Siena und Florenz gegründet wurden. Mit der in Frankreich beginnenden Revolution verbreitete er sich im 19. Jahrhundert in Wechselwirkung mit der Industrialisierung in einem mehr als ein Jahrhundert beanspruchenden Prozess vom Westen nach Osten hin, um hier die neue Organisationsform des Staatskapitalismus anzunehmen. Damit ist bereits die nächste Innovation angesprochen.

Europa ist nämlich auch dort, wo die Lehre von Karl MARX entstanden ist und breit Fuß gefasst hat. Als kommunistische Doktrin fand sie zunächst in Russland eine politische Heimstätte und hat von hier aus verschiedene europäische Staaten invadiert.

Beide in Europa entwickelten politökonomischen Systeme, der Kapitalismus und der Kommunismus, hatten durch die Teilung Europas die „Chance“, sich in der Praxis und damit real auf europäischen Territorien bewähren zu können. Das Ergebnis ist bekannt! Die Überlegenheit des produktiven Kapitalismus gegenüber dem Staatskapitalismus zählt zu den historischen Tatsachen.

In den Diskussionen darüber wurden die Effekte der Verstaatlichung des Bodens als mitentscheidender Faktor kaum beachtet. Dabei hat in Nordamerika die Wechselwirkung von Aufschließung und steigenden Bodenpreisen die Grundlage des Kapitalmarktes gebildet. Die Kapitalbildung auf dem Immobilienmarkt gehört zu den ganz wesentlichen Faktoren der kapitalistischen Wirtschaft. Auf diesen mächtigen kapitalerzeugenden Faktor wurde in den sozialistischen Staaten verzichtet (9).

2 Was sind die Besonderheiten des Projektes Europa?

2.1 Die Stunde Null von Europa

Das Jahr 1945 war die Stunde Null für Europa. Europa hat den Ersten und den Zweiten Weltkrieg verloren. Die Entkolonialisierung ist das Resultat. Europa musste sich vom eurozentrischen Weltbild verabschieden. Das einstige Zentrum der Welt wurde zum strategischen Glacis zwischen den USA und der Sowjetunion und die Teilung Europas zum größten politischen Experiment der Weltgeschichte.

Es gab keinen Politiker, Wissenschaftler oder Journalisten, der im Jahre 1945 vorausgesehen hätte, dass 60 Jahre später Europa eine Staatengemeinschaft bilden würde, in der alte Feinde wie Frankreich und Deutschland im Schulterchluss freundschaftlich zusammenarbeiten, mit freien Wahlen, einer gemeinsamen Währung und einem Europäischen Gerichtshof, welcher über komplexe Themen der Industriepolitik, der zwischenstaatlichen Beziehungen und der Menschenrechte Entscheidungen trifft.

2.2 Der Ausbau des Hauses Europa

war der Begriff der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts – von GORBATSCHOW geprägt, medial vermarktet –, mit dem das Grundprinzip des europäischen Einigungsprozesses angesprochen wurde: der Begriff des Hauses – ein Terminus, mit dem im 18. Jahrhundert die europäischen Dynastien, allen voran die Habsburger, erfolgreich ihre Territorien vergrößert haben. Sie taten dies mittels Eheverträgen zwischen den Herrscherhäusern. In das 21. Jahrhundert transferiert, könnte der von den Habsburgern übernommene und auf die Europäische Union angewandte Spruch daher lauten: „Andere mögen Kriege führen, Du, glückliches Europa, schließe Verträge!“

Damit ist die entscheidende Aussage getroffen. Sie lautet: „Was die EU ist, ist sie durch Verträge.“ (10). Es hat ein halbes Jahrhundert in Anspruch genommen, das Haus Europa zu schaffen. Die Namen von Städten markieren die Schritte der geographischen Konstruktion von Europa durch die Aufnahme weiterer Mitglieder und eine entsprechende Erweiterung des Territoriums. Insgesamt sind fünf Erweiterungsschritte erfolgt, darunter der letzte im Jahre 2004, welcher die Teilung Europas annulliert und West und Ost vereinigt hat (11). Mittels der jeweiligen Einwohnerzahlen seien die Schritte markiert (12):

Als Nachbau des Reiches von KARL DEM GROSZEN und mit dem Begriff von Kern-europa ausgestattet, begann die Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 mit den Staaten Frankreich, Deutschland, den Benelux-Ländern und Italien. Sie umfasste damals insgesamt 168 Mio. Einwohner. Die erste Erweiterung 1973 mit der Aufnahme von Großbritannien, Irland und Dänemark brachte die Abrundung in Westeuropa und eine Zunahme der Bevölkerung auf 256 Mio., die zweite Erweiterung 1981 bestand in der Aufnahme von Griechenland, die dritte 1986 führte zur Südweiterung mit den Staaten Portugal und Spanien und erhöhte die Bevölkerungszahl auf 321 Mio. Die Mitgliederzahl von 12 führte zur Schaffung des Logos der EU. Die vierte Erweiterung 1995 brachte die bisher unweit des Eisernen Vorhangs gelegenen neutralen Staaten Österreich, Schweden und Finnland in die EU, die nunmehr 15 Mitglieder mit 381 Mio. Einwohnern umfasste. Die fünfte und bisher größte Erweiterung, die so genannte Osterweiterung 2004, integrierte die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Lettland, Litauen und Estland, sowie die ehemalige Teilrepublik von Jugoslawien, Slowenien, weiters die Inselstaaten Malta und den griechischen Teil von Zypern in die EU. Die Mitgliederzahl stieg auf 25 mit 455 Mio. Einwohnern. Die 6. EU-Erweiterung mit drei weiteren Mitgliedern ist für 2007 geplant. Sie betrifft Kroatien, Bulgarien und Rumänien. Die EU wird dann mit

rund 489 Mio. Einwohnern knapp eine halbe Milliarde Menschen zählen. Sie ist bereits jetzt nach China und Indien die drittgrößte staatliche Gemeinschaft der Erde.

Das Territorium der EU ist, abgesehen von Südosteuropa, damit weitgehend abgerundet. Nur zwei Staaten, die Schweiz und Norwegen, sind keine Mitglieder, ihr gesamtes Preis- und Lohnniveau liegt ganz wesentlich über dem der benachbarten EU-Staaten. Die Schweiz hat bisher kein Interesse an einer Vollmitgliedschaft bekundet, in Norwegen ist diese zweimal an Volksabstimmungen gescheitert.

Über diesen europäischen Einigungsprozess ist viel geschrieben worden. Bemerkenswert ist sein semantischer Erfolg: Europa wird heute durchwegs mit der Europäischen Union identifiziert. Die machtvolle Brüsseler Realität überlagert und verdrängt die europäische Idee. Europa, das sind heute Assoziationen mit einer gemeinsamen Währung, einem gemeinsamen Markt, einer befriedeten Wettbewerbs- und Wohlstandsgesellschaft, einer übernationalen Bürokratie der Rechtsvereinheitlichung, die Standards erzeugt für Viehställe und Lebensmittelfarbstoffe, für Ausbildungsstunden von Krankenpflegern und sogar für Schalleistungspegel der Rasenmäher.

Europa als Kulturerdteil ist daher nur dort von Relevanz für die Fragestellung, wo es um die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung, um kulturhistorische Perspektiven und die Vermarktung des baulichen und kulturellen Erbes für die internationale Freizeitgesellschaft sowie um das „Europa der Regionen“ geht.

Was sind nun **die Besonderheiten des „Projektes Europa“**, eines einmaligen, nicht vergleichbaren Prozesses? Es seien drei hervorgehoben: das Friedensprojekt, das Wirtschaftsprojekt und das Sozialprojekt.

2.3 Das Friedensprojekt

Die europäische Geschichte ist eine Geschichte der Kriege. Im kollektiven Gedächtnis der Nationen, wie es durch die Schulbücher der europäischen Staaten von Generation zu Generation weitergegeben wird, spielen die Kriege eine entscheidende Rolle. Heeresgeschichtliche Museen demonstrieren die Waffentechniken vom Mittelalter bis an die Schwelle der Gegenwart.

Zu Recht ist daher die Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel entstanden, Kriege zwischen ihren Mitgliedern unmöglich zu machen. Diese Friedensideologie als Basis der inzwischen zur EU herangewachsenen europäischen Staatengemeinschaft ist in der Gegenwart bereits so selbstverständlich geworden, dass die europäischen Kriegsschauplätze der Vergangenheit von einer nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generation wieder entdeckt werden und die historischen Schlachtfelder der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Partnern und Begründern der Europäischen Gemeinschaft, Frankreich und Deutschland, Sightseeing-Attraktionen geworden sind. Schulklassen und Touristengruppen besichtigen in Verdun ein Areal, auf dem die blutigste Schlacht der Weltgeschichte in einem Stellungskrieg in der französischen Schichtstufenlandschaft insgesamt 700.000 französischen und deutschen Soldaten das Leben gekostet hat (13). Mit diesem enormen Blutzoll wurde der Erste Weltkrieg entschieden, somit in einem zahlenmäßigen Vorgriff auf die Entscheidungsschlacht bei Stalingrad, wo mit einem ähnlich hohen Blutzoll der Anfang vom Ende des Zweiten Weltkriegs begonnen hat.

Im Katalog der Ausstellung in Berlin 2003 über die „Idee Europa“ kann man die Vision von Victor HUGO 1849 nachlesen: „*Der Tag wird kommen, an dem man eine Kanone im Museum zeigen wird, so wie man dort heute ein Folterwerkzeug ausstellt und darüber staunt, dass so etwas möglich war!*“ (14, S. 189).

Mit dem makabren Wandel der größten Schlachtfelder und Ruinenstätten zu Touristenattraktionen wird sehr eindrucksvoll belegt, dass mit der Schaffung der Europäischen Union die Zeit der Pax Europaea gekommen ist, wie dies die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft gehofft hatten.

2.4 Das Wirtschaftsprojekt

Der Vater des Projekts des Binnenmarktes, Jacques DELORS, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, hat einmal gesagt: „*Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt.*“ (15). Nichtsdestoweniger ist die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes das Herzstück der Europäischen Union, auch wenn dieser die Bürger weniger beschäftigt hat als die Einführung der gemeinsamen Währung.

Die Idee eines gemeinsamen Binnenmarktes ohne Grenzen und Zölle, aber mit einheitlichen Formularen und Vorschriften wurde zur Triebfeder der Politik und auch zum Standortvorteil Europas. Die Schaffung eines gemeinsamen Wanderungsraumes hängt mit dem Binnenmarkt zusammen. Wer die Binnengrenzen für den Handel abschafft, der kann sie für den Personenverkehr nicht wieder errichten. Und wer den Menschen die freie und ungehinderte Mobilität und Niederlassung in Europa zusichert, der muss auch dafür sorgen, dass die mitgebrachten Qualifikationen überall anerkannt werden. Der Bologna-Prozess der Gegenwart ist die konsequente Folge der Römischen Verträge von 1951. Heute ist der gemeinsame Binnenmarkt, seine Erhaltung und Sicherung, sowohl Quelle europäischer Politik als auch Instrument, um wirtschaftlich genauso erfolgreich zu sein wie die USA sowie die ost- und südostasiatischen Staaten.

Der große Heimmarkt ist ein Vorteil der USA, denn diese können sich damit von den Zyklen der Weltwirtschaft abkoppeln. Sie haben den Heimmarkt durch eine gemeinsame Währung gesichert und ziehen, wenn erforderlich, finanzielle Barrieren auf.

Die EU ist seit der Einführung der gemeinsamen Währung in den zwölf Mitgliedsstaaten der Eurozone und der EU-Erweiterung 2004 diesem Vorteil eines großen Heimmarktes ein wesentliches Stück näher gerückt. Die Erfolge gemeinsamer EU-Projekte wie beim Airbus und beim Eurofighter können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Dienstleistungssektoren langsamer geöffnet haben als die Warenmärkte. Dies gilt für den Verkehr und für den vielfach noch nicht vollzogenen Ab- und Umbau von nationalen Normen, Standards und beruflichen Qualifikationen. Nationswerdungsprozesse, die mehr als 1000 Jahre in Anspruch genommen haben, hinterließen ihre emotionalen Spuren in der Präferenz für nationale Produkte und werden noch lange Gültigkeit besitzen.

2.5 Das Sozialprojekt

Der soziale Wohlfahrtsstaat ist in seiner heutigen Form ein Produkt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Europa seine globale Position nach dem Zweiten Weltkrieg verloren hatte und – gleichsam auf sich selbst zurückgeworfen – in einer Welt der Zerstörung und des Mangels die Lebensgrundlagen seiner Bevölkerung wiederherstellen musste. In der Zeit der Wirtschaftswunder, nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Staaten, erhielt die soziale Frage eine staatliche Heimstatt, wurde „sozial“ zum Grundbekenntnis der Gesellschaft und der Politik. Der Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates begann in großem Stil und erreichte in einzelnen Staaten alle Bereiche des Lebens des einzelnen Bürgers. SCHELSKY hat zu Recht vom „Zuteilungsstaat“ gesprochen. Das „soziale Denken“ erfasste gleichermaßen Gesellschaft und Wirtschaft und hat ein zwar staatenweise unterschiedliches, insgesamt aber faszinierendes Gesamtergebnis bewirkt, welches der heutigen jungen Generation unter dem Begriff der „sozialen Sicherheit“ selbstverständlich erscheint und Europa grundsätzlich von Nordamerika unterscheidet (16). Europa ist heute in großen Teilen ein Kontinent des Wohlstandes, aber der Wohlstand wird auch weiter verteilt durch einen starken Staat und einen sich weiter entwickelnden Kapitalismus. Eigentum ist mit sozialen Pflichten verbunden und der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag schließt Umverteilung, Fürsorge für die Schwächeren und Vorsorge für alle Bürger ein (cit. 1: FASSMANN 2002).

Nun hat seit den 1990er-Jahren der Rückbau des sozialen Wohlfahrtsstaates eingesetzt (17). Neue Konflikte um die Zuteilung aus dem BIP entstehen, inter- und intraregionale Disparitäten brechen wieder auf. Hierbei geht es in den meisten europäischen Wohlfahrtsstaaten um mehr als um die Sozialpolitik im engeren Sinn, nämlich um die Finanzierung des Pensionssystems und der Sozialfürsorge. Es geht um den gesamten bisherigen „sozialen“ Dienstleistungssektor der Staaten, alle Bildungseinrichtungen, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, das Gesundheitswesen, den subventionierten öffentlichen Verkehr, die subventionierte Landwirtschaft, den sozialen Wohnungsbau, das „soziale Grün“ und die sozialen Freizeiteinrichtungen. Es geht um die Regionalpolitik für Zentrale Orte und entwicklungsschwache Gebiete.

Grundsätzlich ist jedoch Optimismus angesagt. Die Europäische Union hat nämlich im Global-National-Interplay eine Zwischendecke eingezogen. Mit der **Etablierung einer europäischen Regionalpolitik**, welche über beachtliche Mittel verfügt (2004: 40 Mrd. EUR), unterscheidet sich die Europäische Union grundlegend von den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die europäische Regionalpolitik erfolgt mit der Zielsetzung eines regionalen Disparitätenausgleichs. Regionen erhalten damit einen spezifischen „sozialen Stellenwert“. In der Retrospektive kann man von einem Comeback der sozialen Wohlfahrtstendenzen des aufgeklärten Absolutismus des 18. Jahrhunderts im europäischen Zentralismus des 21. Jahrhunderts sprechen.

3 Die Europäische Union im 21. Jahrhundert

3.1 Einleitung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist eine Standortbestimmung der EU in der Welt erforderlich. Das größte Experiment der Weltgeschichte, die Teilung Europas in zwei Hälften mit unterschiedlichen politischen Systemen, ist zu Ende und im Anschluss daran hat die Europäische Union das Haus Europa wieder in die räumliche Konfiguration des mittelalterlichen Europas zurückgebracht und inzwischen im Welthandel den ersten Platz erobert.

Nun steht die Europäische Union an einem Scheideweg. Die Expansion in ein Terrain außerhalb des Kulturerdteils Europa ist angesagt. Was sind die Gründe dafür?

Die Antwort ist schlicht und lautet: *Wir leben im amerikanischen Zeitalter!* Der ersten Globalisierung, welche unter dem Titel „Europäisierung der Erde“ allgemein bekannt ist, ist eine zweite Globalisierung gefolgt, die von den USA ausgeht. Sie hat tiefgreifende Konsequenzen. Amerika ist nicht nur der Innovator des postindustriellen Zeitalters und der Trendsetter der Lebensstile geworden, sondern bestimmt mit seiner singulären militärischen Macht auch das globale politische Geschehen.

Die bereits genannte Pax Europaea steht unter dem Schutz des Atomschirms der NATO. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass mit der Gründung der NATO im Jahre 1949 die USA die militärische Kontrollfunktion über die in erster Linie von wirtschaftlichen Interessen getragene, knapp später gegründete Europäische Gemeinschaft übernommen haben und auch – dies wurde stets viel zu wenig beachtet – die NATO die jeweiligen Schritte der Erweiterung vor denen der EU gesetzt hat.

Die Aussage ist einsichtig, dass es für die EU derzeit schwierig ist, sich vom Gängelband der USA zu befreien, die in beiden Weltkriegen „den Kreuzzug nach Europa getragen“ und gewonnen haben.

Da mit dem Verhandlungsbeginn der EU mit der Türkei der geographische Begriff Europa territorial nach Asien hinein erweitert wird, ist auch der Begriff „europäisch“, den die noch nicht approbierte Verfassung der EU verwendet, nicht mehr derselbe wie bisher, sondern wird entsprechend dem oben akzentuierten semantischen Erfolg der EU als deren Eigenschaftswort verwendet. Damit hat der Begriff „europäisch“ seine geographische Definition grundlegend verändert und auch seine 2000-jährige Geschichte abgestreift! Die Europäische Union ist als Wirtschafts- und Währungsunion dabei, über den Kulturerdteil Europa hinaus auszugreifen.

Die Zeit einer internen Sichtweise, was Europa ist oder sein soll, ist vorbei. Die Europäische Union folgt der Außensicht von Europa, wie sie in der so genannten Area of Responsibility (AOR) in dem United States European Command definiert wird (18)! Die Zurkenntnisnahme dieser amerikanischen Definition von Europa ist zum Verständnis der gegenwärtigen politischen Entscheidungen absolut erforderlich.

Am Rande sei vermerkt, dass die Deutsche Welle im Internet bereits ein auf vier Zeitzonen ausgeweitetes Europa abbildet, welches Russland, die Türkei und die Kaukasusstaaten umfasst. Es handelt sich um ein gegenüber dem klassischen Europabegriff der Zwischenkriegszeit ausgeweitetes Europa, in dem auf 10.500 qkm 740 Mio.

Menschen leben (19) und welches grundsätzlich dem militärischen amerikanischen Europabegriff entspricht.

Unabhängig von der nur spekulativ zu beantwortenden Frage, wo im Laufe des 21. Jahrhunderts die Grenzen der EU in Asien oder Afrika liegen werden, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die EU, die sich soeben um 10 Staaten erweitert und den Schritt zu einer Politischen Union noch nicht gemacht hat, mit einer Eingliederung der Türkei außenpolitisch überfordert und muss innenpolitisch „als Laboratorium für die Europäisierung des Islam“ mit einer Fülle von Konflikten rechnen. Ich darf dazu den bekannten Satz von GORBATSCHOW abwandeln: „Wer zu früh kommt, auch den bestrafen die Götter.“

3.2 Das amerikanische Zeitalter

Im Jahr 1917, während des Ersten Weltkriegs, entschloss sich der amerikanische Präsident WILSON, die Isolationspolitik seines Landes aufzugeben und „den Kreuzzug nach Europa zu tragen“. Damit begann die offensive Weltpolitik der Vereinigten Staaten. SLOTERDIJK verweist darauf, dass die historische Reichsidee des Imperium Romanum bereits mit der Unabhängigkeitserklärung von den Vereinigten Staaten übernommen worden ist. Die klassizistische Architektur von Washington D.C., insbesondere der Kuppelbau des Kapitols, eine Nachbildung von St. Peter, belegt dies ebenso wie die Insignien der römischen Exekutivgewalt, die Fasces, jene roten Bündel, welche von der Polizeieskorte der römischen Konsuln getragen wurden, die den Sockel des LINCOLN-Memorials von 1922 verzieren (20).

Die gegenwärtige amerikanische Weltpolitik wird vom so genannten „Project for the New American Century“ or PNAC (21), in Washington, dem Think Tank der Vereinigten Staaten bestimmt. Dieser 1997 gegründeten Vereinigung gehören führende Mitglieder der Republikanischen Partei und der gegenwärtigen Regierung von Präsident BUSH an wie Donald RUMSFELD, Dick CHENEY und Paul WOLFOWITZ, um nur die Wichtigsten zu nennen. Aus der Webseite ist zu entnehmen: *“That American leadership is good both for America and for the world.”* Im September 2000 erschien der Bericht „Rebuilding America’s Defenses“, in dem die Errichtung von permanenten Militärbasen rings um die Welt propagiert wurde. *“This global police force would have the power to keep law and order around the world in accordance with rules that the United States would establish as being proper and just. It also advocates the United States government should capitalize on its military and economic superiority to gain unchallengeable superiority through all means necessary, including military force”.*

2002 haben die USA eine neue Sicherheitsdoktrin verabschiedet, die den Einsatz von Kernwaffen nicht nur für den Verteidigungsfall, sondern auch bei militärischen Handlungen präventiven Charakters ausdrücklich vorsieht. Derzeit verfügen die USA über etwa 10.000 nukleare Sprengköpfe, in Europa sind Nuklearwaffen stationiert: in Belgien, in Deutschland (Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel an der Mosel und US-Fliegerhorst Ramstein in der Pfalz), in Großbritannien, Italien, den Niederlanden und in der Türkei (22). Im Zeichen des Antiterrorkampfes stehen im Jahr 2005 den USA mit 441 Mrd. US-\$ Mittel in einer Höhe zur Verfügung wie nie zuvor in der Geschichte

– fast soviel wie die Rüstungsbudgets aller anderen Staaten der Welt zusammen. Mit der begonnenen Militarisierung des Weltalls hat – unbemerkt von der globalen Öffentlichkeit – eine neue Ära des Wettrüstens begonnen. Die Einteilung der Welt in regionale Kommandobereiche (2004: NORTHCOM, CENTCOM, EUCOM, PACCOM; SOUTHCOM, SPACECOM) gehört zur Weltpolitik (23).

Als einziger kontinentaleuropäischer Staat hat Frankreich unmittelbar nach Kriegsende unter General DE GAULLE ein Nuklearprogramm begonnen; französische Atomphysiker hatten schon vor dem Zweiten Weltkrieg zu den Pionieren des friedlichen wie auch des militärischen Gebrauchs der Kernenergie gehört. Derzeit verfügt Frankreich über 350 Nuklearsprengköpfe und dank der jüngsten Innovation wird die französische U-Boot-Flotte bis 2008 mit Raketenreichweiten bis 10.000 km territorial unbegrenzt einsatzfähig sein. Zum Unterschied von Frankreich ist dagegen Großbritanniens Atomstreitmacht vollkommen auf die Kooperation mit den USA angewiesen und die britischen Kernwaffen sind der Befehlsgewalt der NATO zugeordnet (24).

Nun ist die militärische Strategie der Vereinigten Staaten nur ein Teil der nationalen Gesamtstrategie, welche auch die wirtschaftliche und die kulturelle Teilstrategie umfasst (25).

Zum Unterschied von der militärischen Macht müssen sich die USA die ökonomische Macht mit anderen Staaten teilen. Zwar entfallen auf die USA 31% der Weltproduktion zu Marktpreisen, doch können sie hier nicht unipolar vorgehen. Die EU ist als globaler ökonomischer Player inzwischen zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz der USA geworden. Nur am Rande von der Öffentlichkeit wahrgenommen hat hinter der Fassade von Freundschaftsbekundungen (26) ein ökonomischer Grabenkrieg begonnen, der nicht nur durch die seit den 1980er-Jahren jährlich von der EU herausgegebenen Berichte über die Handelsbarrieren der USA, sondern auch durch zahlreiche Memoranden belegt wird und sich von Importbeschränkungen und „Anzeigen“ bei der WTO von Agrarprodukten über Stahlzeugnisse bis zur Flugzeugbranche hin „gesteigert“ hat. Schließlich sind die USA im Informationszeitalter auch zu einer kulturellen Macht geworden. Sie sind der Marktführer beim Export von Videos und Filmen, Printmedien, wissenschaftlichen Publikationen und Fachbüchern. Sie sind ebenso das Zielland von Forschern und Studenten und ziehen derzeit etwa die Hälfte des intellektuellen Potenzials der Welt an sich.

Bedingt durch die unilaterale militärische Politik der USA sind jedoch – schon vor dem Irakkrieg – ideologische Fronten innerhalb der westlichen Welt aufgebrochen. Die inzwischen in einer Auflage von 1,4 Mio. in mehr als 20 Sprachen erscheinende französische Monatszeitschrift „Le monde diplomatique“ ist zu einem Sprachrohr für die mediale Kritik an der amerikanischen Weltpolitik geworden. Amerikanisches Sendungsbewusstsein, unbegrenzter Fortschrittsglaube, die Missachtung des Völkerrechts und der Umgang mit Gewalt bilden nur einige der Angriffspunkte. Die europäische Diplomatie bemüht sich, die Differenzen zuzudecken. Nicht zu übersehen ist, dass das Projekt für das amerikanische Zeitalter, womit das 21. Jahrhundert gemeint ist, zu einem Zeitpunkt gegründet wurde, als auch in der EU neue Entwicklungen begonnen haben. Durch den Entwurf einer neuen Verfassung wurde ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Politische Union gesetzt, welche auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließen soll.

3.3 Atlantikpakt und sozialer Wohlfahrtsstaat in Europa

Die Geopolitik, lange Zeit verfermt im deutschen Sprachraum, feiert von Frankreich aus ein Comeback. Eine Reihe hervorragender französischer Werke beschäftigt sich mit der „neuen Geopolitik von Europa“ nach dem Ende des Kalten Krieges und der Beseitigung des Eisernen Vorhangs.

Die Aussagen eröffnen daher mit dem Hinweis auf das globale Paradoxon, dass im Zuge des Aufbaus der globalen Ökonomie in der Nachkriegszeit von den drei ökonomischen Weltmächten USA, EU und Japan die beiden Letztgenannten nicht imstande waren, sich von der militärischen Supermacht der USA zu emanzipieren, mit der andererseits in der langen Periode des Kalten Krieges die UdSSR mit dem System der Kommandowirtschaft militärisch gleichziehen konnte (27).

Rückblickend gesehen hat der erzwungene bzw. zum Teil freiwillige Verzicht auf massive militärische Aufrüstung in Europa den Aufbau der sozialen Wohlfahrtsstaaten unterstützt. Es ist einsichtig, dass daher manche Amerikaner die Auffassung vertreten, dass die amerikanischen Steuerzahler, die mit einem wesentlich bescheideneren „social overhead“ vorlieb nehmen müssen, den Aufbau der beachtlichen sozialen Wohlfahrt in Europa mitfinanziert haben (28).

Andererseits haben die USA mit gigantischen Rüstungsausgaben auch den Atomschirm des atlantischen Bündnisses über Westeuropa zu einem wesentlichen Teil finanziert, wobei sie freilich die schlichte strategische Vorgangsweise verfolgten, potenzielle Aggressionen der Sowjets durch den Außenposten Westeuropa vom eigenen Territorium fernzuhalten.

Bei dieser Aussage sei innegehalten, und zwar ohne auf die schon seit mehreren Jahren sich dahinschleppende Diskussion um die künftige Aufgabe der NATO in Europa einzugehen, auf den Aufbau einer „neuen“ NATO sozusagen, bei der man einen wesentlichen Teil der Verantwortung und der finanziellen Kosten an die europäischen Staaten abgeben möchte.

Vielmehr erscheint es wichtig, auf die Koinzidenz der „Produktzyklen“ von atlantischem Verteidigungsbündnis und wohlfahrtsstaatlichem Ausbau hinzuweisen, die eine interessante Symbiose eingegangen sind. Es ist müßig darüber zu diskutieren, dass sich Europa die Kosten für die Entwicklung eines voll ausgebauten Sektors der Rüstungsindustrie weitgehend ersparen konnte. Es muss nämlich der Bedarf an Rüstungsgütern derzeit zu einem wesentlichen Teil durch Importe aus den USA abgedeckt werden. In der Literatur wurden keine Angaben darüber gefunden, wie viele Arbeitsplätze in der EU durch die Schaffung einer voll ausgebauten europäischen Rüstungsindustrie für die immerhin über 3,5 Mio. Soldaten und deren beträchtliche Ausrüstung geschaffen werden könnten.

Obwohl sich beide Systeme, nämlich das strategische System der NATO und das politökonomische System des sozialen Wohlfahrtsstaates, in der Endphase ihres Produktzyklus befinden, so wenig sind derzeit in beiden Fällen echte Alternativen sichtbar. Nur Um- und Rückbauten sind im Gange.

Die Aussage ist zulässig, dass in einer Zeit, in der Sparpakete, Arbeitslosigkeit sowie ein Rückbau des Pensions- und Gesundheitssystems die Bürger der EU erschrecken, eine Erhöhung der militärischen Budgets politisch kaum durchsetzbar ist. Die

weitgehende Beibehaltung des sozialen Wohlfahrtssystems gehört hingegen zur ideologischen Maxime der Europäischen Union.

Blendet man zu einer globalen Perspektive hinüber, indem man die jüngsten polit-ökonomischen Entwicklungen in Ostasien – insbesondere das wachsende Gewicht Chinas – und die politisch-religiösen Tendenzen in der Welt des Islams in die Überlegungen einbezieht, so wird die strategisch-militärische und ökonomische Diversifizierung der globalen Szene offensichtlich, aus der ein weiterer Bedeutungsverlust der europäischen Agenden auf der Bühne des globalen Geschehens in langfristiger Perspektive resultieren kann.

Wichtig auch für die Zukunft sind die Unterschiede gegenüber der Hegemonialpolitik der USA zwischen der Balancetendenz, die vor allem in Frankreich klar formuliert wird, und der Auffassung von der transatlantischen „Partnerschaft“ sowie der atlantischen „Gemeinschaft“, die in Deutschland vorherrscht.

3.4 Die militärische Dominanz der Vereinigten Staaten: EU und NATO

Während die bürokratischen Maßnahmen der EU in die Lebenswelt des europäischen Bürgers eingreifen und daher kontinuierlich zur Kenntnis genommen werden, wird die Sphäre der NATO (29) und vor allem ihre Relation zur EU aus der Sichtweise der Öffentlichkeit und der Medien weitgehend ausgeblendet.

Nun ist es eine strategische Tatsache, dass die politische Teilung Europas durch die Gründung des Nordatlantikpaktes 1949 von den USA weiter verstärkt worden ist. Zu den zwölf Gründerstaaten, Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Island, Italien, Portugal, den USA und Kanada, traten 1952 Griechenland und die Türkei. Nach zehnjähriger Bewährungsfrist wurde 1955 die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen, 1982 folgte Spanien. In der Aufnahme Deutschlands äußerte sich der Wandel der Zielsetzung der NATO aus einem Instrument zur Kontrolle Deutschlands in ein globales Instrument im Kalten Krieg mit dem Drohpotenzial der Atombombe. Treibende Kraft für das Zustandekommen des Bündnisses waren von vornherein die USA, welche damit die militärische Kontrollfunktion über die in erster Linie von wirtschaftlichen Interessen getragene Europäische Gemeinschaft übernahmen. Dementsprechend ist nicht nur die Errichtung der NATO in Europa der Errichtung der EWG vorangegangen, sondern die NATO hat auch die jeweiligen Schritte der Erweiterung vor denen der EU gesetzt.

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch Montanunion genannt) war zwei Jahre nach Gründung des Europarates der erste wirtschaftliche Zusammenschluss in Europa. Auf Initiative der französischen Politiker Jean MONNET und Robert SCHUMAN sollten die wichtigen Rohstoffe Kohle und Stahl künftig auf einem gemeinsamen Markt gehandelt werden. Frankreich und Deutschland sahen in der Montanunion einen Weg, ihre alte Feindschaft beizulegen. 1952 trat die Montanunion in Kraft. Ihr gehörten neben Deutschland und Frankreich auch Belgien, die Niederlande und Luxemburg sowie Italien an. Erst 1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark der EWG bei, somit 19 Jahre nach dem Beitritt zur NATO. Ähnlich spät folgte 1981 Griechenland, noch später 1986 Portugal sowie Spanien. Dieses allerdings bereits vier

Jahre nach dem NATO-Beitritt. Frankreich ist 1966 aus der NATO ausgetreten und bezieht seit 1996 wieder einen Beobachterposten.

Mit dem Ende des Kalten Krieges, der Auflösung des Warschauer Paktes 1991 und dem Zerfall der Sowjetunion entfiel der eigentliche Zweck, für den die NATO gegründet worden war. Die USA wollten jedoch diese wichtige militärische Kontrollfunktion über den europäischen Raum nicht aus der Hand geben und führten eine Reorganisation der Streitkräfte in Europa durch.

1995 erweiterte sich die EU durch die Aufnahme von drei neutralen Staaten – Österreich, Finnland und Schweden –, von denen zwei, Österreich und Finnland, an den Eisernen Vorhang angegrenzt hatten. Die drei genannten Staaten sind bislang nicht der NATO beigetreten.

1998 vollzog die NATO in einem Übersprungeffekt die erste Erweiterung nach dem Fall des Eisernen Vorhanges. Diese umfasste die Staaten Ungarn, Tschechien und Polen, welche erst im Rahmen der EU-Erweiterung von 2004 in die EU aufgenommen wurden. Sieben Länder, die Baltischen Staaten, die Slowakei sowie Slowenien, wurden in diesem Jahr gleichzeitig NATO- und EU-Mitglieder. Wieder in einem Vorgriff gegenüber der EU wurden 2004 von der NATO Rumänien und Bulgarien als neue Mitglieder akzeptiert. Ein weiterer Ausgriff in Südosteuropa ist für 2006 angekündigt. Es handelt sich um die Aufnahme von Kroatien, Albanien und Mazedonien. Bei den beiden erstgenannten Staaten handelt es sich um die Anrainerstaaten der Adria, deren Küste zu erreichen stets ein Ziel von Russland gewesen ist.

Budgets reflektieren das monetäre Potenzial von Institutionen und sind damit Indikatoren für die politische Macht. Das Budget der EU beträgt im heurigen Jahr 2004 115 Mrd. EUR (138 Mrd. US-Dollar). Das NATO-Handbook 2004 belegt für das Jahr 2000 für die NATO-Staaten Europas (einschließlich der Türkei!) Gesamtausgaben für die Rüstung in der Höhe von 159 Mrd. US-Dollar, dazu kamen von den USA nochmals 313 Mrd. US-Dollar, sodass sich das Gesamtbudget auf 472 Mrd. US-Dollar belief (30). Von der Bevölkerung nicht registriert, steuern die der NATO angehörenden EU-Staaten indirekt mehr Geld zur NATO bei als zum eigenen Staatenbund! Dieser Satz bedarf allerdings einer Modifizierung insofern, als die nationalen Rüstungsausgaben nicht exakt mit den Ausgaben für die NATO gleichzusetzen sind, da z.B der Einsatz der Bundeswehr beim Oder-Hochwasser aus dem Militärbudget bestritten worden ist. Die vorliegende Statistik weist bedauerlicherweise jedoch derartige Zivileinsätze auf europäischer Ebene nicht aus (vgl. Tab. 1).

Im Hinblick auf die militärische Präsenz der EU auf der globalen Ebene bleibt die Aussage bestehen, dass die USA als Partner der europäischen Verteidigungspolitik diese aufgrund ihrer militärischen Stärke entscheidend mitbestimmen und den europäischen Interessen auch weiterhin nichteuropäische gegenüberstellen werden.

3.5 Die Wirtschafts- und Währungsunion als globaler ökonomischer Player

Die Wirtschaftsunion hat sich schon als EU-15 zum großen Player im internationalen Handel entwickelt, auf den ungefähr mehr als ein Viertel der gesamten internationalen Handelsströme entfallen sind. Als führendes Exportland der Welt standen die EU-15

NATO-Staaten	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1995-1999	2000	2001 (Sch.)
Belgien	3,2	2,8	2,0	1,5	1,4	1,3
Dänemark	2,4	2,0	1,9	1,7	1,5	1,5
Deutschland	3,3	3,0	2,1	1,6	1,5	1,5
(Frankreich)	4,0	3,8	3,4	2,9	2,6	2,6
Griechenland	5,3	5,1	4,4	4,6	4,9	4,8
Italien	2,1	2,3	2,1	1,9	2,1	1,9
Kanada	2,0	2,1	1,9	1,4	1,2	1,1
Luxemburg	1,0	1,0	0,9	0,8	0,7	0,8
Niederlande	3,0	2,8	2,3	1,8	1,6	1,6
Norwegen	2,7	2,9	2,8	2,2	1,8	1,8
Polen	-	-	-	-	1,9	1,8
Portugal	2,9	2,7	2,6	2,3	2,1	2,1
Spanien	2,3	2,1	1,6	1,4	1,3	1,2
Tschechien	-	-	-	-	2,3	2,2
Türkei	4,0	3,3	3,8	4,4	5,0	5,0
Ungarn	-	-	-	-	1,7	1,8
Ver.Königreich	5,2	4,5	3,8	2,8	2,5	2,4
<i>NATO Europa</i>	3,5	3,2	2,6	2,2	2,1	2,0
<i>NATO gesamt</i>	4,5	4,5	3,5	2,7	2,5	2,5
USA	5,6	6,0	4,7	3,3	3,0	2,9

Quelle: NATO-Handbook 2004

Tab. 1: Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten in % des BNP 1980-2000
(Mittelwerte auf laufenden Preisen)

noch vor den USA sowie den dynamischen neuen Tigerstaaten Japan und China und hatten stets eine positive Handelsbilanz zu verzeichnen. Durch die EU-Erweiterung sind die Außenhandelsströme der EU-15 in die Neumitglieder nunmehr zu internen Strömen innerhalb der EU-25 geworden. Der Binnenhandel ist gewachsen. Auf Staatsgrundlage berechnet werden zwei Drittel der Produkte bereits innerhalb der EU von einem Staat in den anderen transferiert. Eine neue Weltsicht im globalen Handel ist erforderlich: Der Import aus Ostasien (China 9,5%, Japan 7,7%) wird in naher Zukunft den Import aus den USA (19,2%) erreichen und vermutlich sogar übertreffen (31).

Nach der EU-Erweiterung zeichnet sich inzwischen die Einrichtung einer Freihandelszone in Südosteuropa ab, an der acht Balkanstaaten – Kroatien, Bosnien-Herze-

gowina, Serbien-Montenegro, Albanien, Mazedonien, Bulgarien, Rumänien und Moldawien – beteiligt sind. Sie soll Anfang 2007 in diesem Wirtschaftsraum mit insgesamt rund 60 Mio. Einwohnern funktionsfähig sein. Die EU ist insgesamt zu einer äußerst ehrgeizigen ökonomischen Agenda geworden.

Der wesentliche Schritt zu Beginn des 21. Jahrhunderts war jedoch die Einführung des EURO (32).

Innerhalb von „Schengenland“, aus dem sich derzeit nur Großbritannien ausschließt, ist in Europa „Euroland“ entstanden (vgl. Tab. 2). Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und – nach Volksentscheiden – die Königreiche Schweden und Dänemark nehmen an der Währungsunion vorerst nicht teil. Von den Erweiterungsstaaten ist es drei kleinen Staaten, Slowenien, Estland und Litauen, in kurzer Zeit gelungen, den Beitritt zum europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) zu erlangen. Eine Aufnahme in die Eurozone ist damit 2007 möglich. Die restlichen Kleinstaaten Malta, Zypern und Lettland könnten bis zum Frühjahr 2005 ebenfalls den Status des WKM II erreichen. Die Slowakei peilt den Eurobeitritt um 2008/9 an, Ungarn und Tschechien um 2009/10. Polen hat bisher kein Datum genannt.

	EU25	EU15	Euro-Zone	US	Japan
Fläche (1.000 km ²)	3,893 ¹	3,154 ¹	2,456 ¹	9,631 ⁵	378 ³
Bevölkerung (2003 in Mio.)	454.56 ¹	380.36 ¹	306.70 ¹	293.03 ⁵	127.62 ³
Dichte Quadratmeilen 2003	116.8	120.6	124.9	30.4 ⁵	337.6 ³
Arbeitslosenrate					
Standardisiert 2002	8.9% ¹	7.7% ¹	8.4% ¹	5.8% ⁴	5.4%
2003	9.1% ¹	8.1% ¹	8.9% ¹	6.0% ⁴	5.3%
BNP 2003 Bill. US \$	11,017 ¹	10,522 ¹	8,209 ¹	11,000 ⁶	4,301 ⁸
BNP Wachstum 2002-03	0.9% ¹	0.8% ¹	0.5% ¹	3.1% ⁶	2.7% ⁸
BNP pro Kopf	24,027 ¹	27,511 ¹	26,595 ¹	37,756 ²	33,720 ²
Inflation Rate 2003	2.0% ²	2.0% ²	2.1% ²	1.6% ⁴	-0.2% ²
Importe 2003 Bill. US \$	1,047 ^{1*}	1,570 ²	2,848 ²	1,517 ⁷	477 ²
Exporte 2003 Bill. US \$	1,250 ^{1*}	1,633 ²	3,025 ²	1,021 ⁷	597 ²
Anteil am Weltimport	14.0% ²	22.4% ²	40.6% ²	22.9% ²	6.8% ²
Anteil am Weltexport	13.1% ²	23.3% ²	43.1% ²	13.8% ²	8.5% ²

Quelle: European Union in the US. Fact and Figures 6.11.2004
www.eurunion.org/profile/facts.htm

1 Eurostat, 2 International Monetary Fund, 3 European Commission, Trade Directorate General, 4 US Bureau of Labor Statistics, 5 US Bureau of Census, 6 US Bureau of Economic Analysis, 7 US Government Export Portal, 8 OECD

Tab. 2: Wirtschaftsdaten für die EU, USA und Japan 2003

Die Einführung des Euro als Zahlungsmittel betrifft auch so genannte Drittländer, mit denen seitens EU-Staaten Währungs- oder Wechselkursabkommen bestanden haben. In Europa zählen dazu die Kleinstaaten Monaco, San Marino, die Vatikanstadt und schließlich Andorra, wo sowohl die französische als auch die spanische Währung als Zahlungsmittel akzeptiert worden ist.

Zu den interessanten Phänomenen in Südosteuropa gehört das Faktum, dass von den überwiegend in Deutschland arbeitenden Gastarbeitern die DM als Hartwährung in den Teilrepubliken von Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien im Gebrauch war. Davon hat sich die DM als Staatswährung in Bosnien-Herzegowina erhalten.

3.6 Der Weg zur politischen Union

Am 29.10.2004 haben die Staatsoberhäupter und Außenminister von 28 Staaten, von 25 EU-Staaten einschließlich der Kandidatenländer Rumänien, Bulgarien und der Türkei, in Rom im selben Raum, in dem 1957 die Europäische Gemeinschaft gegründet worden ist, die Konstitution für die Europäische Union unterzeichnet. Die Europäische Verfassung ersetzt die meisten derzeit gültigen Verträge und besteht aus vier Teilen. Der erste Teil definiert die EU, ihre Werte, Zielsetzungen, Objekte und Verantwortlichkeiten, die Entscheidungsprozesse und Institutionen. Der zweite Teil umfasst die Grundrechte, der dritte Teil beschreibt die Politik und Handlungsfelder der EU. Der vierte Teil umfasst die Schlussklauseln, einschließlich der Prozedur für die Annahme der Verfassung sowie eine mögliche Revision (34). Die Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten wird zwei Jahre in Anspruch nehmen. Angesichts EU-kritischer Parlamentsmehrheiten in einigen Ländern und verschiedentlich geplanter Volksabstimmungen ist das Ergebnis offen.

Nun ist die Europäische Union keineswegs ein starres Gebilde, sondern ein Prozess. Die Zollschränkenbeseitigung des Schengener Abkommens ist auch nicht in einem Zug erfolgt und an der Einführung des Euro haben sich auch nicht alle Mitgliedstaaten beteiligt. Es ist daher zu erwarten, dass eine Wiederholung von Abstimmungen in einzelnen Ländern erforderlich sein wird, um die politische Handlungsfähigkeit der Union zu sichern.

Ein halbes Jahrhundert nach den römischen Verträgen und eine halbe Generation nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Euphorie verraucht, mit der man seinerzeit im Vergleich zu Amerika von den „Vereinigten Staaten von Europa“ (35) gesprochen hat. Die Verfassung der EU ist eine bürokratische Angelegenheit geworden, welche den Geist des juristischen Alltagsgeschäfts von Brüssel atmet, in dem Hunderte Kompromisse miteinander unentwirrbar verkettet sind. Hierzu im Folgenden einige Kostproben:

Eine Mehrheitsentscheidung im Ministerrat ist dann getroffen, wenn 55% der Mitgliedstaaten zustimmen, die zugleich mindestens 15 Mitgliedstaaten und mindestens 65% der Gesamtbevölkerung vertreten. Die Mehrheitsentscheidung ist aber auch dann getroffen, wenn weniger als vier Mitgliedstaaten mit Nein stimmen. Für die Politikfelder Justiz und Inneres, Äußeres, Wirtschaft und Finanzen gilt hingegen:

Wenn der Rat nicht auf Vorschlag der EU-Kommission oder des EU-Außenministers entscheidet, ist eine Mehrheitsentscheidung mit 72% der Mitgliedstaaten (mit mindestens 65% der Bevölkerung) getroffen. Wenn aber eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit mindestens 30% der Bevölkerung oder 40% der Mitgliedstaaten gegen eine Mehrheitsentscheidung eintritt, muss sich der Rat damit befassen. Diese Regel bleibt bis mindestens 2014 in Kraft!

In die Zukunft auf fünf Jahre weitergeschoben wurde das geltende Prinzip: „Ein Land, ein Kommissar.“ Dann soll die Zahl der Kommissionsmitglieder auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten reduziert werden.

Der Hauptschritt besteht in der Aufhebung des halbjährigen Turnuswechsels des Präsidenten, der in der neuen Verfassung von den Staats- und Regierungschefs für zweieinhalb Jahre gewählt wird und neben dem Außenminister die EU nach außen vertreten und den Vorsitz bei Gipfeltreffen führen wird. Ebenso wird der Außenminister vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit in Übereinstimmung mit dem Präsidenten gewählt. Wie jede Konstitution ist auch die europäische Verfassung ein Formelkompromiss auf Bewährung.

Eine Realität der bisherigen politischen Praxis wird freilich von der Verfassung nicht angerührt, nämlich die medial sichtbare Außenpolitik der „großen Drei“, der Staatschefs von Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Zur Position von Europa in der Weltpolitik gilt: *„Eine kohärente europäische Außenpolitik ist nur in dem Maße zu erwarten, wie sich die deutschen und französischen Vorstellungen von einer europäischen Zivilmacht annähern und gegenüber dem britischen Verständnis der EU als Handelsmacht durchsetzen können“* (36).

3.7 Der Ausgriff der EU über den Kulturerdteil Europa hinaus

3.7.1 Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Das Jahr 2004 wird als das Jahr der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in die Geschichte der EU eingehen. In diesem Jahr erfolgten nämlich drei geopolitisch wichtige Entscheidungen für die politische Landkarte der EU, nämlich die EU-Erweiterung, die Errichtung einer Freihandelszone in Südosteuropa und der Beschluss über den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Im gleichen Jahr unterschrieben die Regierungschefs der Mitgliedstaaten den Vertrag über die Verfassung der EU. Über das Akzeptanzproblem der Verfassung wurde berichtet, um die zweifellos langwierigere und konfliktträchtige potenzielle Aufnahme der Türkei in die EU geht es im Folgenden:

Mit einem Satz aus der Rede von Präsident BUSH in der Galatasaray Universität in Istanbul am 29. Juni 2004 *„America believes that as a European power, Turkey, belongs in the European Union“* wird im Folgenden die Problematik der potenziellen Mitgliedschaft der Türkei eröffnet (37).

Dieser Satz steht im Hintergrund der kontroversen Diskussionen von Befürwortern und Gegnern der Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Es geht letztendlich darum, ob die europäische Außen- und Sicherheitspolitik sich künftig in einem

wachsenden Dissens zu den Vereinigten Staaten von Amerika befinden oder ob sie im engen Verbund mit ihnen gemeinsame außenpolitische Interessen verfolgen will.

Die EU-Kommission hat am Mittwoch, dem 6. Oktober 2004, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei empfohlen. Die dpa dokumentierte wenige Stunden später in einer eigenen Übersetzung Auszüge aus der Empfehlung an das Europäische Parlament und den Europäischen Rat:

«Die Türkei hat spürbare Fortschritte in ihrem politischen Reformprozess gemacht (...).» – «Trotzdem müssen die Gesetze und die Maßnahmen zur Umsetzung der Reformen weiter verfolgt und ausgeweitet werden. Das gilt insbesondere für die Null-Toleranz-Politik im Kampf gegen Folter und Misshandlungen (...).» – «Mit Blick auf den gesamten erzielten Fortschritt (...) sieht die Kommission die politischen Kriterien als erfüllt an und empfiehlt, dass Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden.» – «Im Einklang mit dem Vertrag der Europäischen Union und der Verfassung für Europa wird die Kommission eine Aussetzung der Verhandlungen empfehlen, wenn ein ernster und dauerhafter Verstoß gegen die Prinzipien der Freiheit, der Demokratie, den Respekt der Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit (...) vorliegt.» – «Die Kommission ist überzeugt, dass der Verhandlungsprozess grundlegend dafür ist, die Reformen in der Türkei fortzuführen. Es liegt in der Natur der Sache, dass es ein offener Prozess ist, dessen Ausgang nicht von vornherein garantiert werden kann. Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen oder einem anschließenden Ratifizierungsprozess muss sichergestellt werden, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei vollkommen in den europäischen Strukturen verankert bleiben». Es besteht derzeit Konsens darüber, dass die Verhandlungen 10 bis 15 Jahre dauern können.

Im Folgenden eine Analyse der Argumente von Befürwortern und Gegnern des Türkeibeitritts (38).

Vorausgeschickt sei, dass die **politischen Kriterien** – Realisierung der institutionellen Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie für den Schutz von Minderheiten – nicht exakt definiert sind und den Befürwortern des Türkeibeitritts unter anderem bewusst ist, dass die Türkei derzeit – aufgrund des Kurdenproblems – kein „sicheres Herkunftsland“ darstellt. Es wird jedoch angenommen, dass diese Mankos während der mehrjährigen Verhandlungen beseitigt werden können.

Hinsichtlich der **ökonomischen Kriterien** besteht zwischen Befürwortern und Gegnern einer Vollmitgliedschaft der Türkei sogar Einigkeit darüber, dass die wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen – funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, funktionsfähige Verwaltungen und ein konsequenter Kampf gegen die Korruption – gegenwärtig noch nicht erfüllt sind. Das türkische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreicht nur 22% des EU-Durchschnitts, die Inflationsrate liegt bei 50%(!), und es besteht ein sehr steiles soziales Gefälle zwischen den industriell entwickelten Gebieten um Istanbul sowie in der Marmara-Region und den unterentwickelten kurdischen Provinzen im Südosten.

Ferner liegt kein unmittelbarer, ökonomisch motivierter Handlungsbedarf vor, da seit 1996 eine Zollunion zwischen der EU und der Türkei besteht. Der Handelsbilanz-

überschuss der EU gegenüber der Türkei betrug im Jahre 2000 knapp 13,2 Mrd. Euro. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union würde bedeuten, dass dieser positiven Handelsbilanz Transferleistungen in Milliardenhöhe gegenüberreten müssten. Beitrittsbefürworter beziffern die jährlichen Transferleistungen auf etwa 6 bis 8 Mrd. Euro.

Die Hauptunterschiede zwischen Beitrittsgegnern und -befürwortern bestehen in der **Beurteilung der geopolitischen Realität**. Mehrere Argumente werden von den Beitrittsgegnern ins Treffen geführt.

Aufgrund der abgehobenen geographischen Lage gegenüber Europa betritt die EU mit der potenziellen Eingliederung der Türkei ein neues geostrategisches Feld in Eurasien. Das Spektrum der neuen Nachbarn der EU würde vom Kaukasus, mit den Staaten Georgien, Armenien und Aserbeidschan bis zu den Nachbarstaaten in Vorderasien, Iran, Irak, Syrien und dem Libanon, reichen. In Hinblick auf die militärische Einteilung der Welt durch die USA würde dies somit ein Ausgreifen vom „Verantwortungsbereich“ von EUCOM in den Verantwortungsbereich von CENTCOM, zu dem unter anderem der Vordere Orient gehört, bedeuten (39).

Die EU würde sich ferner in das Machtdreieck zwischen den USA, Israel und der Türkei einklinken, welches durch den 1999 zwischen der Türkei und Israel abgeschlossenen militärischen Kooperationsvertrag begründet worden ist (40). Diese israelisch-türkische Allianz hat ein Klima der Polarisierung und Konfrontation geschaffen. Das gespannte Verhältnis zu den benachbarten arabischen Staaten brächte neue Herausforderungen für die EU. Das Kurden- und das Palästina-Problem lägen damit unmittelbar vor ihrer Haustüre. Die EU wäre von der Instabilität der Region stärker betroffen als heute und müsste sich daher gegebenenfalls politisch stärker engagieren, und zwar in einem Raum, welcher zumindest in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts für die Energiepolitik von Washington zentrale Bedeutung besitzt, da hier ein Gutteil der Erdölreserven der Welt lagert. Mit einem EU-Mitglied Türkei könnten Diplomatie und Kapital der EU in dem wichtigen vielgliedrigen Erdölrevier, welches sich von Zentralasien bis zur Arabischen Halbinsel spannt, besser in amerikanische Interessen „integriert“ werden.

Direkt wäre die EU damit in die von den USA geförderte Position der Türkei als Energieumschlagplatz für die Gas- und Ölreichtümer des kaspischen Beckens und des Kaukasus eingebunden, schließlich wurde mit dem Bau der Baku-Tbilis-Ceyhan-Pipeline, welche die Türkei mit dem Kaspischen Meer verbinden wird, bereits begonnen. Mit dem Heranrücken von Iran, Irak und Syrien als unmittelbare Nachbarn würden auch andere Großprojekte, wie die Realisierung des Südostanatolienprojekts“ (41), die Fertigstellung des Baus von 21 Staudämmen und 17 Wasserkraftwerken, mit denen sich der Wasserabfluss aus Euphrat und Tigris in den Irak und nach Syrien kontrollieren ließe, zu den Agenden der EU gehören. Neue, bisher unbekannte Konfliktfelder mit Russland und den arabischen Staaten tun sich somit auf.

Schließlich ist völlig offen, welche Reminiszenzen an die historische Vergangenheit in der Türkei fortbestehen und welche nationalen Ziele unter der Decke einer Europäischen Union eine junge türkische Generation vertreten wird, wenn im möglichen Beitrittsjahr 2015 die Türkei aufgrund ihres gegenwärtigen Bevölkerungswachstums mehr als 80 Mio. Einwohner zählen wird – d.h. mehr als alle EU-Erweiterungsstaaten

zusammen – und damit der größte Staat der EU wäre! Es ist erstaunlich, wie gering die Kenntnisse über die jüngsten innenpolitischen Unruhen in der Türkei bei den Beitrittsbefürwortern sind!

Insgesamt ist einsichtig, dass die Frage der Aufnahme des NATO-Staates Türkei in erster Linie im Interesse der USA gelegen ist, für welche die weitgehende Identität der Mitgliedstaaten von EU und NATO die Steuerung beider Institutionen erleichtern würde.

Dazu kommt ein weiteres Argument: Ein potenzielles EU-Mitgliedsland Türkei wäre für die EU ein „Trojanisches Pferd“, welches die USA gerne in die inzwischen ökonomisch als Konkurrenz recht mächtig gewordene EU hineinbringen möchte.

Damit sei eine interne Sichtweise angesprochen:

3.7.2 Die EU als „Laboratorium für die Europäisierung des Islam“ (42)

Weit schwieriger als geostrategische Kriterien sind **kulturelle Argumente** zu fassen. Die Verfechter der kulturellen Gemeinschaft der EU betonen die in Jahrhunderten gewachsene Identität, die vor allem auf dem Erbe des Christentums und der Aufklärung beruhe. Aus diesem Erbe seien die allgemein anerkannten Grundwerte entstanden, auf denen die heutige EU basiere. In der Türkei, so argumentieren sie, fehlen die europäischen Traditionen, die in der Antike, im europäischen Mittelalter, in Renaissance, Humanismus und Aufklärung wurzeln.

Einer idealistischen Sichtweise folgend, sind jedoch gerade die Verfechter einer kulturellen Perspektive dem Argument zugänglich, dass mittels einer Aufnahme der Türkei eine Europäisierung des Islam gelingen könnte und damit HUNTINGTONS populäre These vom Kampf der Kulturen (43) zu widerlegen sei. Es wird auf die Sonderstellung der Türkei in der islamischen Welt ebenso verwiesen, wie auf die Säkularisierung unter Kemal ATATÜRK, der große Teile des Rechtssystems von europäischen Staaten übernommen hat, so dass in der Türkei die Chance einer Aufklärung im Islam am größten sei.

Der Integrationsprozess von Anhängern des Islam in Europa hat jedenfalls bisher im Hinblick auf die räumliche Einordnung in das bestehende Siedlungssystem nicht gegriffen. Derzeit ist aus sozialgeographischer Sicht die Tendenz zu einer primären Ghattobildung offensichtlich, die zu einem wesentlichen Teil auch durch das fehlende Konnubium zwischen der türkischen Bevölkerung und der Bevölkerung der Aufnahmeländer verstärkt wird. Auch die islamischen Institutionen tragen zum Prozess der ethnischen Viertelsbildung bei. In der islamischen Charta 2002, welche der Zentralrat der in Deutschland lebenden Muslime ins Internet gestellt hat, ist nachzulesen, dass zu einer „würdigen muslimischen Lebensweise im Rahmen des Grundgesetzes gehören: Einführung eines deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts, Einrichtung von Lehrstühlen zur akademischen Ausbildung islamischer Religionslehrer und Vorbeter (Imame), Genehmigung des Baus innerstädtischer Moscheen, Erlaubnis des lautsprechverstärkten Gebetsrufs, Respektierung islamischer Bekleidungs Vorschriften in Schulen und Behörden, Beteiligung von Muslimen an den Aufsichtsgremien der Medien, Vollzug des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schächten, Beschäftigung muslimischer Militärbetreuer, muslimische Betreuung in medizinischen und sozialen

Einrichtungen, staatlicher Schutz der beiden islamischen Feiertage, Einrichtung muslimischer Friedhöfe und Grabfelder“ (44).

Das Konfliktpotenzial des Islams ist jedoch nach den bisherigen Erfahrungen in den europäischen Städten mit starker Zuwanderung von arabischer Bevölkerung größer als bei türkischer Immigration. Jedenfalls ist das Schlagwort einer „Europäisierung des Islam“ wenig geeignet, um zur Konfliktlösung beizutragen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, da es die ethnischen Unterschiede negiert.

3.8 Quo vadis Europäische Union?

Das Centrum für angewandte Politikforschung in München hat 2003 fünf Szenarien ohne zeitlichen Horizont über die Zukunft der EU veröffentlicht (45). Die Zustimmung der Leser galt den Szenarien „Kerneuropa“ mit 28,01% und „Gravitationsraum“ mit 34,78%, während der Zusammenbruch der EU mit 5,86% nur eine sehr geringe Zustimmung erhielt und die Szenarien „Methode Monet“ und „Supermacht“ mit 15,5% bzw. 15,73% ebenfalls eine wesentliche geringere Akzeptanz verbuchen konnten.

Der eigene Zugang zum Thema der mittelfristigen Zukunft der EU geht einen anderen Weg, er fragt nach der Stabilität der oben beschriebenen Faktoren (Rolle Amerikas, Wirtschafts- und Währungsunion, politische Union) im nächsten Jahrzehnt und schränkt damit den Zeitraum bis zu einem potenziellen Beitritt der Türkei ein. Zu diesem Zeitpunkt wird es erforderlich sein, eine neue Standortbestimmung der EU in der Welt vorzunehmen. Das eigentliche Problem eines Türkeibeitritts liegt nämlich weniger auf der Ebene der Zuwanderung von türkischer Bevölkerung, sondern darin, dass die Türkei bei anhaltendem Bevölkerungswachstum spätestens 2020 der bevölkerungsmäßig größte Staat in der EU noch vor Deutschland sein würde, der dementsprechend seinen Einfluss in den EU-Kommissionen und im EU-Parlament geltend machen könnte.

1. Sicher ist, dass die Entwicklung der EU auch weiterhin von der Weltmacht USA abhängig sein wird. Andererseits erscheint die Vorstellung berechtigt, dass in mittelfristiger Zukunft Alternativen zur gegenwärtigen unilateralen Strategie der USA auftreten können.

Colin DUECK gibt in seinem Beitrag über die „New Perspectives on American Grand Strategy“ (46) einen Überblick über die derzeitige Strategiedebatte. Der Ansatz der „Liberalen Supermacht“ geht von der Überlegung aus, dass, solange weltweit eine Verständigung zwischen den liberalen Eliten besteht und die USA in Abstimmung mit den Verbündeten zurückhaltend agieren, diese daran interessiert sind, die USA als Sicherheitsgarant zu erhalten. Selbst wenn die Bedeutung der militärischen Macht geringer werden sollte, werden die USA als „Soft Power“ durch ihre universelle Kultur der primäre Agendensetter bleiben. Der Ansatz „Das Konzert der großen Mächte“ sieht in Europa und Asien zunehmende Tendenzen, eine Gegenmacht zu den USA aufzubauen. Mit dieser sollten die USA sich auf gewisse Interessenszonen einigen und damit auch die Aufgabe der Erhaltung von Sicherheit und Stabilität teilen. Der Ansatz der „Demokratischen Identitäten“ geht

davon aus, dass die USA die demokratischen Staaten an sich binden und zu jenen Mächten, welche die demokratischen Werte nicht teilen, wie China, ein Gegengewicht bilden sollten. Nach dem Ansatz des „Selektiven Engagements“ sollten sich die USA nicht in kleinere Konflikte hineinziehen lassen, und ihre militärische Macht zur Verbreitung der Demokratisierung und der Menschenrechte einsetzen. Alle Ansätze stimmen darin überein, dass die Bildung einer Gegenmacht zur USA mit einer geschickten und maßvollen Außen- und Sicherheitspolitik verhindert werden kann. Aus dieser Strategiedebatte ist abzuleiten, dass vom politischen Stil der jeweiligen amerikanischen Präsidenten und deren Beratern Effekte auf das globale außenpolitische Handlungsfeld der EU zu erwarten sind.

2. Unabhängig vom Erreichen des Ziels der Politischen Union werden die drei genannten Projekte des 20. Jahrhunderts, das Friedensprojekt und das sozialpolitische Sicherheitsprojekt der Union, dank der globalen Erfolge des Wirtschafts- und Währungsprojekts weiterhin Bestand haben. Damit wird auch die Budgetpolitik der EU in Richtung Agrar-, Regional- und Umweltpolitik weitergehen.
3. Als Haupterfolg zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann die Schaffung der Währungsunion und damit von Euroland angesehen werden. Der Euro ist das eigentliche Symbol der Europäischen Union. Mit Stolz können die Europäer darauf verweisen, dass er sich allen Unkenrufen zum Trotz in Kürze als zweite Weltwährung neben dem Dollar etablieren konnte. Da bei seiner Einführung und weiteren räumlichen Ausbreitung überdies Ökonomen und Bankmanager und nicht Politiker das Sagen haben, wird die innere Stabilisierung der EU auch in erster Linie durch die Ausweitung von Euroland bestimmt werden. Es ist durchaus realistisch anzunehmen, dass spätestens bis 2015 alle EU-Erweiterungsstaaten zur Eurozone gehören werden, andererseits ist es völlig unrealistisch, dass sich Euroland auflösen würde und nationale Währungen wieder eingeführt werden könnten.
Es besteht vielmehr in den Nachbarstaaten und selbst in einer weiteren Peripherie der EU eine immer wieder deklarierte Begehrlichkeit, nach Euroland zu kommen, wobei diese Begehrlichkeit durch jeweilige „Paten“ in der EU und die Geschicklichkeit der politischen Führer interessante Paradoxien erzeugt. Es ist einsichtig, dass das Fehlen von geographischen Begrenzungen und die Offenheit der Kriterien für den Beitritt zur EU in der EU-Verfassung derartige Träume weiter nähren werden. Nur als Beispiel sei genannt, dass plötzlich der Kaukasus wieder im Blickfeld der EU-Medien zu finden ist. Staaten wie Armenien betonen bereits auf ihrer Homepage, dass sie zu Europa gehören; die Eliten von Staaten an der Gegenküste Afrikas, wie Tunesien und Marokko, betrachten sich ebenfalls als Europäer. Es besteht ferner ein Interesse von Polen an der Eingliederung der Ukraine, deren südliche Räume einen bis in die Antike zurückreichenden Teil von Europa darstellen.
4. In der wechselvollen Geschichte von Vertiefung und Erweiterung der EU ist eine weitere Runde bereits in Sicht. Es geht um die südosteuropäischen Staaten, welche entweder unabhängig von oder möglicherweise gleichzeitig mit der Türkei aufgenommen werden könnten.

5. Die Etablierung einer Verfassung als politische Union mit einer deklarierten Außen- und Sicherheitspolitik (47) ist der nächste wichtige Schritt der EU. Angesichts EU-kritischer Parlamentsmehrheiten in einigen Ländern und verschiedentlich geplanter Volksabstimmungen ist das Ergebnis offen. Nun ist die Europäische Union keineswegs ein starres Gebilde, sondern ein Prozess. Die Zollschrankenbeseitigung des Schengener Abkommens ist auch nicht in einem Zug erfolgt und an der Einführung des Euro haben sich bisher auch nicht alle EU-15-Mitgliedstaaten beteiligt. Ähnliches ist bei der Akzeptanz der Verfassung durch die einzelnen Staaten zu erwarten. Ebenso werden weiterhin Änderungen von Parteipropportionen und Regierungsmehrheiten bei großen Staaten auf die EU-Politik Effekte ausüben; der Fortbestand von Kerneuropa, der erwähnte Schulterchluss von Frankreich und Deutschland, wird auch weiterhin bemerkbar sein.

Wichtig erscheint ferner, dass sich in jüngster Zeit die europäische Zivilgesellschaft, wie ein offener Brief an den neuen Präsidenten der EU-Kommission BORROSO belegt (48), ebenfalls zu Wort meldet und an dem schwierigen Prozess der Entscheidungsfindung partizipieren will. Aufgrund der Vielzahl von Staaten, Sprachen und Ethnien wird das nach der neuen Verfassung mit 750 Mitgliedern und mit größerer Macht ausgestattete Europäische Parlament zweifellos zu einem Ort der Krisenerzeugung und des Krisenmanagements werden. Doch ist Optimismus hinsichtlich der Lernfähigkeit europäischer politischer Eliten angesagt.

Fassen wir zusammen: Sozialhistoriker beschäftigen sich noch immer mit der ungelösten und spannenden Frage, wieso Europa, diese westliche Halbinsel Eurasiens, einen so außerordentlichen Sonderweg genommen und für ein halbes Jahrtausend Weltgeschichte geschrieben hat. Europa ist in dieser globalen Tradition auch im 20. Jahrhundert verblieben. Es hat die blutigsten Kriege der Weltgeschichte mit den größten Zerstörungen und mit der größten Zahl an Toten hinter sich gebracht. Niemand hat in der Stunde Null nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den enormen Aufschwung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorhergesehen. Mit drei Projekten, dem Friedensprojekt, dem Sozialprojekt und dem Wirtschaftsprojekt, hat sich die Europäische Union am Ende des 20. Jahrhunderts wieder in die Weltpolitik zurückgemeldet. Inzwischen ist der Globus von den Vereinigten Staaten in militärische Areas of Responsibility aufgeteilt worden.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts beginnt sich die im Entstehen begriffene europäische Zivilgesellschaft materiell und intellektuell von der amerikanischen Weltmacht zu emanzipieren. Die EU hat sich einen eigenen Finanzraum geschaffen und ist dabei, einen eigenen Weg zu gehen, der durch das Friedensprojekt strukturiert erscheint. Der international bekannte amerikanische Journalist JONATHAN POWER schrieb in der International Herald Tribune am 1.9.2004: „*With an economic size that rivals America's, it has immense financial muscle. It has unparalleled diplomatic sophistication. It has universities that can compete with any in America*“.[...] *It doesn't need America's guns. It needs to raise its sights beyond its obsession with America's faults and get on with extending its zone of peace and prosperity far and wide. Maybe then it can dare to call itself a superpower*“.

4 Literaturverzeichnis

- (1) FASSMANN H. (2002), Wo endet Europa? Anmerkungen zur Territorialität Europas und der EU. Fachwissenschaftlicher Eröffnungsvortrag auf dem 28. Deutschen Schulgeographentag. In: Mitt. d. Österr. Geogr. Ges., 144, S. 27-36.
LICHTENBERGER E. (2004), Was war und was ist Europa? Orden pour le merite für Wissenschaften und Künste. In: Reden und Gedenkworte, 32, S. 145-156.
- (2) FUHRMANN M. (1981), Europa – zur Geschichte einer kulturellen und politischen Idee. Konstanz, Univ.-Verlag.
MIKKELI H. (1998), Europe as an Idea and an Identity. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, Macmillan Press; New York, St. Martin's Press.
PAGDEN A. (2001), The Idea of Europe. From Antiquity to the European Union. The John Hopkins Univ., Woodrow Wilson Center Press, Cambridge Univ. Press.
- (3) OSTERHAMMEL J., PETERSSON N.P. (2003), Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen. München, Verlag C.H. Beck.
- (4) STOURZH G. (Hrsg.) (2002), Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung. Wien, Verlag der ÖAW.
- (5) SLOTERDIJK P. (2002), Falls Europa erwacht: Gedanken zum Programm einer Weltmacht am Ende des Zeitalters ihrer politischen Absence, S. 29. Frankfurt a.M., Suhrkamp Taschenbuch.
- (6) LICHTENBERGER E. (1976), Albanien – der isolierte Staat. In: Mitt. d. Österr. Geogr. Ges., 118, S. 109-136.
- (7) BRUNNER O. (1984), Sozialgeschichte Europas im Mittelalter. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
- (8) Das Erdbeben von Lissabon und der Katastrophendiskurs im 18. Jahrhundert. Programm der Jahrestagung der DGEJ Oktober 2005 in Göttingen. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/terminel/id=2457>
- (9) LICHTENBERGER E. (1995), Der Immobilienmarkt im politischen Systemvergleich. In: Geogr. Zeitschrift, 83, 1, S. 21-29.
- (10) ISENSEE J. (1993), Europa – die politische Erfindung eines Erdteils. In: ISENSEE J. (Hrsg.), Europa als politische Idee und als rechtliche Form, S. 103 (122 ff.).
- (11) FOUCHER M. (1998), Fragments d'Europe. Atlas d'Europe médiane et orientale. Paris, Fayard.
- (12) Entwicklung der EU – http://europa.eu.int/abc/history/index_de.htm
- (13) Verdun – <http://www.war1418.com/battleverdun/>
- (14) VON PLESSSEN M.L. (2003), Idee Europa. Entwürfe zum „Ewigen Frieden“. Ordnungen und Utopien für die Gestaltung Europas von der pax romana bis zur Europäischen Union. Berlin, Henschel Verlag.
- (15) Delors, Projekt des Binnenmarktes – europa.eu.int/pol/singl/overview_de.htm 22.9.2004. Überblick über die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union,
- (16) LICHTENBERGER E. (1997), Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa. In: LÖFFLER H., STREISSLER E.W. (Hrsg.), Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften anlässlich ihres 150jährigen Jubiläums. Wien, Verlag d. ÖAW.
- (17) LICHTENBERGER E. (1999), Der Rückbau der sozialen Wohlfahrtsstaaten. In: Mitt. d. Österr. Geogr. Ges., 140, S. 7-24.
- (18) Das UNITED STATES EUROPEAN COMMAND umfasst als so genannte Area of Responsibility (AOR) in Europa außer den NATO-Staaten weitere Gruppen von Staaten: so genannte

„Neutrale“, Österreich, Schweiz, Finnland, Schweden, in Südosteuropa: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Makedonien, Moldawien, Rumänien, Serbien und Montenegro, in Osteuropa: Weißrussland und die Ukraine, im Kaukasus: Armenien, Aserbeidschan, Georgien.

- (19) DW *World.de* Deutsche Welle
- (20) SLOTEDIJK (2002) (vgl. 5)
- (21) PROJECT FOR THE NEW AMERICAN CENTURY – <http://www.newamericancentury.org/>
- (22) KÖTTER W., Ein Land, das gern Präzedenzfälle schafft. – www.uni-kassel.de/fb/frieden/themen/Atomwaffen/USA.html
Die Nuklearstreitmacht der USA: Eine Frage der Weltherrschaft – [www.uni-kassel.de/Nuklearstreitmacht der USA](http://www.uni-kassel.de/Nuklearstreitmacht%20der%20USA), 22.10.2004
- (23) Die Einteilung der Welt in amerikanische Kommandobereiche:
EUCOM vgl. (18) Europa und Afrika (außer CENTCOM)
NORTHCOM: Nordamerika
CENTCOM: vom Horn von Afrika bis Vorder- und Zentralasien
PACCOM, Pazifischer Raum: Alaska, Japan, Südkorea, Hawaii
SOUTHCOM, Süd- und Mittelamerika
www.geocities.com/Pentagon/9059/usaob.html
- (24) KÖTTER W., Arsenale und Einsatzstrategien der Atomwaffenmächte Frankreich und Großbritannien – www.uni-kassel.de/fb/frieden/themen/Atomwaffen/frank-gb.html
- (25) SLATER D., TAYLOR P.J. (Hrsg.) (1999), *The American Century: Consensus and Coercion in the Projection of American Power*. Oxford, Blackwell.
- (26) EU-US Declaration on strengthening our economic partnership. Dromoland Castle, 26th June 2004. – europa.eu.int/comm/external_relations/us/consultation/index.htm. 12.10.2004.
European Union. Factsheet, 26.6.2004: EU-US bilateral economic relations.
- (27) LICHTENBERGER E. (1999), *Geopolitische Lage und Transitfunktion Österreichs in Europa*. Projektbericht 1 d. ÖAW-Kommission f. d. wiss. Zusammenarbeit mit Dienststellen d. BM für Landesverteidigung. Wien, Verlag d. ÖAW.
- (28) KAGAN R. (2003), *Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order*. New York, Alfred A.Knopf.
- (29) NATOSd Homepage – www.nato.int/
- (30) NATO-Handbook 2004. Tabelle 1: Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten
www.nato.int/docu/handbook/2001/hb090803.htm. 23.9.2004 – chapter 9: Common-funded Resources: NATO-Budgets and Financial Management, Table 3.
- (31) ALLEN T. (2001), Die erweiterte EU. Ein Handelsriese. Eurostat. Statistik kurz gefasst. Thema 6-5/2001.
- (32) Euro als Zahlungsmittel – [www.Europa Info-online](http://www.Europa-Info-online) – Drittländer und der Euro
- (33) Wirtschaftsdaten, Tabelle 2 – www.eurunion.org/profile/facts.htm – Facts and Figures on the European Union
[www.European Union in the US](http://www.European-Union-in-the-US). Facts and Figures. Statistics/Tabelle 2/
www.eurunion.org/profile/EUUSStats.htm. 17.10.2004
- (34) Europaverfassung
SCHIEDER S. (2004), In guter Verfasstheit? Nutzen und Nachteil eines europäischen Verfassungsvertrages. In: *Politik und Zeitgeschichte*, B 17. – www.bpb.de/publikationen/J7Z3GP
- (35) MARQUARDT A.-K., MAGER T.J., SCHNEIDER J.-C. (Hrsg.) (1991), *Die Vereinigten Staaten von Europa – Anspruch und Wirklichkeit* (= Materialien z. Angewandten Geogr., 21).
- (36) RITTBERGER V., ZELLI F. (2004), *Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?* (= Texte, Nr. 41). Abt. f. Intern. Beziehungen/Friedens- u.

- Konfliktforschung, Inst. f. Politikwissenschaft, Eberhard-Karls-Univ. Tübingen.
<http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2004/1110/pdf/tap41.pdf>
- (37) Zitat der BUSH-Rede in Istanbul
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/06/20040629-1.html>
- (38) Die Debatte um die EU-Mitgliedschaft der Türkei, 21.9.2004 – www.weltpolitik.net/Sachgebiete/EuropäischeUnion/Vertiefung/Erweiterung
 EU-Monitor. Deutsche Bank Research: EU-Beitritt der Türkei: Der Weg ist das Ziel. 24.8.2004.
 FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2004), Beitrittskandidat Türkei (= Europ. Politik Arbeitspapier, 16).
 JÄGER T., STEWART S. (April 2004), Gehört die Türkei in die Europäische Union? Eine kommentierende Dokumentation. Darmstadt, hrsg. Förderverein Pro Asyl.
 KRAMER H. (2004), Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“. – www.bpb.de/publikationen/358DIV
- (39) Überschneidung von Europakommando und Kommando für den Vorderen Orient
 Joachim Fritz VANNAHE: www.zeit.de/2004/41/EU-Kandidaten – Georgien, Ukraine, Marokko
- (40) ÖZTÜRK A. (2004), Das Entstehen eines Macht-Dreiecks. – www.bpb.de/publikationen/JBRF6Q
- (41) HÜTTEROTH W.D., HÖHFELD V. (2002), Türkei Länderkunde. Darmstadt, WBG.
- (42) DJAVANN C. (2004), Que pense Allah de l'Europe? Paris, Gallimard.
- (43) HANTINGTON S.P. (2002), Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Deutsche Übersetzung von „The Clash of Civilizations“. Fürth, Goldmann Verlag.
- (44) Islamische Charta 2002 – www.bpb.de/veranstaltungen/7LUI5L,0,0,Eine_Islamische_Charta_f%fcfr_Deutschland.html
- (45) ALFIERI F., EMMANOULIDIS J.A., MARUHN R. (2003), Europas Zukunft. 5 EU – Szenarien. München, Centrum f. angewandte Politikforschung. 19 S.
- (46) DUECK C. (2004), New Perspectives on American Grand Strategy. In: Intern. Security, 28, S. 197-216.
 vgl. auch: RIEMER A.K. (2004), Die amerikanisch-europäische Debatte um das Grundverständnis zur internationalen Ordnung (= Schriftenreihe d. Landesverteidigungsakademie Wien, 2). 58 S.
- (47) EVERTS St., MISSIROLI A. (10.3.2004), To claim a global role, the EU needs its own security council. International Herald Tribune.
- (48) Open Letter to Jose Manuel BARROSO, President of the European Commission. – www.corporateeurope.org/barroso.html 31.10.2004

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 2004

Band/Volume: [146](#)

Autor(en)/Author(s): Lichtenberger Elisabeth

Artikel/Article: [Das neue Europa. Quo vadis Europäische Union? 13-42](#)